

# Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

## Waldenburger Anzeiger.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Einzelne Nummern 8 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeländt 20 Pf.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

N<sup>o</sup> 104.

Sonnabend, den 6. Mai

1882.

### Bekanntmachung.

Da an den nächsten Sonntagen die ordnungsmäßigen kirchlichen Unterredungen mit der in den letzten drei Jahren confirmirten Jugend während des Nachmittagsgottesdienstes wieder ihren Anfang nehmen, so werden die Betheiligten hierdurch zu regelmäßigem Erscheinen dringend ermahnt, wie auch alle Eltern, Lehrmeister und Dienstherrschaften ersucht werden, ihre Pflegebefohlenen zum Besuch dieser Unterredungen anzuhalten, damit auch auf diesem Wege christl. Erkenntniß und frommer Sinn unter unserer Jugend gefördert werde. Waldenburg, den 5. Mai 1882.

Der Kirchen Vorstand daselbst.  
Oberpf. Schumann.

### Versteigerung.

Nächsten Dienstag, den 9. I. Mts.,  
Vorm. 9 Uhr

sollen in **Lein's Restauration** in Altwaldenburg 10 Stück seidene und wollene Kleiderzeuge, sowie Leinwand, Barchent u. s. w. gegen Baarzahlung zur öffentlichen Versteigerung gelangen.

Waldenburg, am 5. Mai 1882.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.  
Arnold.

\*Waldenburg, 5. Mai 1882.

### Der schlummernde Unternehmungsgeist in Deutschland.

Aus England wurde kürzlich gemeldet, daß dort allein zur praktischen und industriellen Ausnutzung neuer elektrischer Erfindungen 32 Actiengesellschaften ins Leben gerufen seien. Eine Berliner Zeitung, welche diese Nachricht brachte, knüpfte daran eine beklommene Betrachtung über den traurigen Unterschied zwischen dieser lebendigen englischen und der todtten deutschen Unternehmungsthätigkeit. Allerdings dieser Contrast ist für uns um so beschämender, als gerade Deutschland auf dem Gebiete der Elektrotechnik bahnbrechende Genies hervorgebracht hat, die es wohl verdient haben, daß ihre Landsleute die praktische Ausnutzung der Erfindungen als eine nationale Ehrenpflicht auffaßten. Leider ist das deutsche Volk von einem derartigen patriotischen und nationalen Ehrgeize noch weit entfernt. Wäre in Paris, in London oder in New-York die erste elektrische Eisenbahn construirt worden, wie solches in Berlin der Fall war, wir sind davon überzeugt, die genannten 3 Städte hätten sich die Ehre und den Vortheil, auch mit der Ausführung im Großen die ersten zu sein, nimmermehr nehmen lassen. Anders in Deutschland. Unser Volk hat seit 300 Jahren so viel Schande erlebt, es ist so häufig erniedrigt worden und es hat sich selbst so häufig erniedrigt, daß sogar die glänzenden Offenbarungen unseres nationalen Genies der letzten 100 Jahre auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft und Politik außer Stande waren, den Gesamtgeist mit einem lebhaften nationalen Stolz und Solidaritätsgefühl zu erfüllen. Was Bismarck oder Stephan nicht thun und thun können — das bleibt in Deutschland so ziemlich ungethan. Hätte der Dr. W. Siemens, obwohl eine Pflanze unserer Nation, nicht zufällig eigene Geldmittel, unser Volk würde ihm für Vervollkommnung der elektrischen Eisenbahn das nöthige Geld nicht zur Verfügung gestellt haben und wären seine Erfindungen auch noch zehnmal genialer. In Berlin würde der amerikanische Elektriker Edison vielleicht verhungert sein, in New-York hat sich zur geschäftlichen Fructifizierung seines Genies eine große Actiengesellschaft gebildet. Als Dr. W. Siemens Berlin mit einer elektrischen Pfeiler-Eisenbahn ausstatten wollte, scheiterte dies eminent gemeinnützig, ja nothwendige Project an den jämmerlichsten Widerständen. Für die Ehre, mit einer solchen Culturthat der Erste in Europa zu sein, hatte man in Berlin und Deutschland kein Gefühl. Selbst vom Standpunkte der ordinärsten Nützlichkeit aus ist diese Erscheinung fast unerklärlich, denn es giebt in Berlin heute schon Straßen und Plätze (z. B. den Pogdamer Platz), wo der Wagenverkehr die Fußgänger mit der äußersten Lebensgefahr bedroht, so daß die Siemens'sche Pfeilerbahn zur Abstellung dieser wahrhaft skandalösen Verhältnisse nicht nur nützlich, sondern geradezu nothwendig erscheint.

Rein Land Europas verfügt in dem Maße wie Deutschland über die für große Unternehmungen erforderlichen Menschen, aber kein Land weiß von diesem höchsten Reichtum einer Nation so geringen und schlechten Gebrauch zu machen. Es scheint so, als bestehe eine stillschweigende Verschwörung des deutschen Bürgerthums zu dem Zweck, durch systematische Unterlassung des Allerhöchsten den handgreiflichen Beweis zu erbringen, daß es ohne Staats-socialismus oder Socialdemokratismus doch zuletzt nicht geht. Die Führer der öffentlichen Meinung, namentlich die Presse, sollten diesen Zusammenhang wirklich mehr beleuchten. Wer den Staats-socialismus oder den Socialdemokratismus wirksam bekämpfen will, muß die bürgerliche Initiative und Thätigkeit wachrufen, damit durch letztere nicht nur die öffentlichen Culturbedürfnisse ihre Befriedigung, sondern, was das Wichtigste, auch die vielen beschäftigungslosen und aussichtslosen Kopf- und Handarbeiter Arbeitsstellen finden. Unterbleibt dies, so wird die Zahl Derjenigen, welche ihre Befriedigung vom Staats-socialismus oder Socialdemokratismus verlangen oder erhoffen, mit Nothwendigkeit immer größer. Doch läge diese politische Gefahr auch nicht vor, so würde schon die moralische Gefahr, welche mit einem Mangel an Beschäftigungs-Gelegenheiten verknüpft ist, groß genug sein, um die Führer der öffentlichen Meinung dringend zu veranlassen, als beste Vorbeugungsmaßregel gegen die sittliche Verwilderung den Unternehmungsgeist beleben zu helfen. Was uns dabei Alles vorschwebt, ist in den noch viel zu wenig beachteten Brochüren des Gefängnispredigers Stursberg nachzulesen. In der That, man hat der Moralität unseres Volkes keinen Dienst erwiesen, als man das „Gründen“ einfach insamirte, anstatt sich darauf zu beschränken, einzelne Betrüger zu schänden. Die bürgerliche Initiative ist nicht zu entbehren; sie ist aber auf geschäftlichem Gebiete ohne den Reiz großer Gewinne nicht zu haben. Der gegenwärtig todtte Unternehmungsgeist in Deutschland beweist dies. Was haben unsere beschäftigungslosen Kopf- und Handarbeiter davon, daß nicht mehr „gegründet“ wird. Sie haben nur Schaden davon. Ja selbst die Moralität hat Schaden davon, wie Stursberg beweist. Nicht einmal die Moralität der Börse hat sich dadurch gehoben, weil sich die Gewinnsucht von dem immerhin Arbeit schaffenden Gebiete des Gründers in das allen gesunden Unternehmungsgeist tödtende Börsenspiel flüchtete und hier einen uncontrolirbaren Schamwinkler fand. Diese Sachlage ist so gemeinschädlich und trostlos, daß sie sowohl die Volkswirthe wie die Moralisten dringend zur Beschaffung von Heilmitteln auffordert.

\*Waldenburg, 5. Mai 1882.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Wortlaut der Erklärungen im Bundes-

rath bei der Abstimmung über das Tabakmonopol liegt jetzt vor. Die bayerische Erklärung lautet authentisch dahin, daß die bayerische Regierung mit dem Gedanken einer weiteren Entwicklung des Systems der indirecten Besteuerung im Reiche und insbesondere auch mit einer stärkeren Heranziehung des Tabaks vollkommen einverstanden sei, sich aber durch die zur Zeit vorliegenden Anhaltspunkte nicht überzeugen könne, daß das Monopol zu dem gewünschten finanziellen Ergebnis führen werde. Sie glaube deshalb, dormalen einer Steuerreform, durch welche sich höhere Erträge aus dem Tabak ohne tiefgreifende volkswirtschaftliche Rückwirkungen erzielen lassen, den Vorzug geben zu sollen. Sachsen stimmt „in Hinblick auf die schweren volkswirtschaftlichen und socialen Bedenken dagegen.“ Baden, Hessen, Oldenburg und Neuß i. L. betonen hauptsächlich die Schädigung der ausgebreiteten Tabakindustrie in diesen Staaten durch Einführung des Monopols. Bremen läßt ausdrücklich erklären, „daß die Einführung des Reichstabakmonopols nothwendiger Weise den wirtschaftlichen und finanziellen Ruin des Bundesstaates Bremen herbeiführen werde. Es sei allgemein bekannt, daß die Bedeutung Bremens als Handels- und Seestadt mit dem daselbst concentrirten großartigen Tabakgeschäft so eng und unauflöslich verknüpft sei, daß die Zerstörung dieses wesentlich auf der Versorgung Deutschlands beruhenden, mit dem Bestehen eines Reichsmonopols unvereinbaren Geschäftszweiges die Existenzgrundlagen des gesammten bremischen Handels in verhängnisvoller Weise erschüttern müßte.“ Der Senat bitte daher, diesem Momente das gebührende Gewicht beizulegen. Württemberg, Weimar und Braunschweig erklären, daß die Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten dringend die Vermehrung der Einnahme fordere und das Tabakmonopol der geeignetste Weg dazu sei.

Unter dem Titel: „Die Hauptgegner des Monopols bringt die neueste „Prov.-Corr.“ folgenden Artikel: „In der Frage, welche unser öffentliches Leben vorzugsweise in Anspruch nimmt, in der Frage des Tabakmonopols, wäre es zu dem Grade der Erregung, welche jetzt vorhanden ist, wohl nie gekommen, wenn nicht Seitens der politischen Gegner der Regierung von vornherein gerade demjenigen Staate, welcher am wenigsten dazu berufen sein möchte, der Haupteinfluß auf die öffentliche Meinung eingeräumt worden wäre, nämlich den eigentlichen Tabakinteressenten und unter ihnen vorzugsweise den Tabakfabrikanten und Händlern, d. h. den Leuten, welche vom Tabakverbrauch bisher den Nutzen ziehen und theilweise durch denselben reich geworden sind. — Wenn das deutsche Reich zum Vortheil der Steuerzahler dahin gelangen soll, wo die Franzosen und Oesterreicher längst sind, daß nämlich die Millionen jährlich, die an Tabak gewonnen werden, künftig nicht mehr in die Tasche einzelner Fabrikanten und Kaufleute fließen, sondern in die gemeinsame Kasse zur Deckung der von den